

## Kurzbericht

### Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (48. - öffentliche - Sitzung am 4. Februar 2021)

#### Beratungsthemen:

1. **Internationale Zusammenarbeit in der Krise aufrechterhalten - neue Wege des Austauschs mit Niedersachsens Partnerregionen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8343](#)

Der Ausschuss begann die Beratung und kam überein, die Landesregierung für die Sitzung am 25. Februar 2021 um eine Unterrichtung zu dem Thema zu bitten, insbesondere zu aktuellen und geplanten Projekten, die besondere Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der internationalen Zusammenarbeit bieten.

2. **Gesellschaftliche Bedeutung der Innenstädte stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/7549](#)

Der Ausschuss begann die Mitberatung zur Abgabe einer Stellungnahme und bat die Landesregierung, die in Vorlage 1 zum Antrag vorliegende schriftliche Unterrichtung um die beim MB ressortierenden Aspekte zu ergänzen. Auf dieser Grundlage soll die Mitberatung in der Sitzung am 25. Februar 2021 fortgesetzt werden.

3. **EU-Angelegenheiten**

a) **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 648/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Single-Window-Umgebung der Europäischen Union für den Zoll und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013; COM(2020) 673 final**

Der Ausschuss griff die Unterrichtung in der 45. Sitzung am 19. November 2020 auf und erkundigte sich nach den Implikationen für den Warenverkehr mit dem Vereinigten Königreich. Hierzu wurde die Landesregierung gebeten, den Ausschuss in seiner Sitzung am 25. Februar 2021 zu unterrichten.

b) **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 759/20: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Änderung der Richtlinien für 2006/43/EC, 2009/65/EC, 2009/138/EU, 2011/61/EU, EU/2013/36, 2014/65/EU, (EU) 2015/2366 und EU/2016/2341 zur Umsetzung der neuen Strategie für ein digitales Finanzwesen, COM (2020) 596 final**

**Bundesratsdrucksache 768/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Betriebsstabilität digitaler Systeme des Finanzsektors und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 909/2014, COM (2020) 595 final**

Der Ausschuss nahm eine schriftliche Unterrichtung zu beiden Vorschlägen entgegen, führte darüber eine Aussprache und bat die Landesregierung um eine ergänzende Unterrichtung zu ausgewählten Themen in der Sitzung am 25. Februar 2021.

### c) **Weitere EU-Angelegenheiten**

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung kurz über den Stand des Verfahrens zur Erarbeitung eines europäischen Lieferkettengesetzes informieren und bat diese, ihn zu gegebener Zeit über die Ergebnisse der zurzeit noch nicht abgeschlossenen Online-Konsultation seitens der Europäischen Kommission zu unterrichten.

## 4. **Berichte über Frühwarndokumente**

Der Ausschuss nahm schriftliche Unterrichtungen über Frühwarndokumente zu folgenden Bundesratsdrucksachen entgegen:

- 735/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein EDV-System für die grenzüberschreitende Kommunikation in Zivil- und Strafverfahren (e-CODEX) und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1726; COM (2020) 712 final
- 757/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 347/2013; COM (2020) 824 final
- 775/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Batterien und Altbatterien, zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020; COM (2020) 798 final
- 39/21: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit; COM (2020) 854 final

Der Ausschuss bat um nähere Unterrichtungen zu den Bundesratsdrucksachen 757/20, 75/720 und 39/21. Diese sollen in der Sitzung am 25. Februar 2021 entgegengenommen werden.

## 5. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss setzte die Planung der Videokonferenz als Ersatz für das entfallene Begegnungstreffen mit den Delegierten der niederländischen Nordprovinzen fort. Die Videokonferenz ist für den Abend des 15. April 2021 vorgesehen.